

Die Herbstsession im Rückblick



«Das AHV-Alter 65 für Frauen ist zur Sicherung dieses Sozialwerkes gerechtfertigt»

Viola Amherd, Nationalrätin

Welche Meinung haben Sie zum AHV-Alter 65 für Frauen?

«Das AHV-Alter 65 für Frauen habe ich unterstützt. Dies ist eine der Massnahmen, die für die Sicherung unseres wichtigsten Sozialwerkes notwendig sind. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der Lebenserwartung der Frauen ist das gerechtfertigt. Im Gegenzug muss nun aber auch endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit durchgesetzt werden.»

Was hat Sie in der Herbstsession am meisten gefreut?

«Meinem Postulat, das eine zwingende Verlagerung der Gefahrguttransporte am Simplon auf die Schiene verlangt, wurde mit 98 zu 94 zugestimmt. Eine deutlichere Mehrheit fand meine Forderung nach einem Bericht des Bundesrates, der alle vier Jahre aufzeigen soll, in welchen Kantonen der Bund wie viel investiert. Es geht dabei um Arbeitsstellen des Bundes und bundesnaher Betriebe, aber auch um Arbeitsvergaben. Solche Auskünfte sind für das Wallis wichtig, wenn es um Diskussionen des Finanzausgleichs geht.»

Das Parlament verabschiedete den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-fonds (NAF) definitiv. Was heisst das für den Kanton Wallis?

«Mit dem Fonds wird die Finanzierung der Strassenverkehrsinfrastruktur auf lange Sicht gesichert. Für das Wallis ist wichtig, dass mit dem NAF die Strassen Gampel-Göppenstein und Grosse Sankt Bernhard ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden. Das führt zu einer Entlastung unserer Kantonsfinanzen.»

Was bringt die Energiestrategie 2050 unserem Kanton?

«Im Rahmen der Energiestrategie 2050 wird künftig auch die Wasserkraft unterstützt. Angesichts der aktuellen schwierigen Situation der Wasserkraftwerke, die durch tiefe Preise stark unter Druck stehen, ist dieser Entscheid für unseren Kanton sehr zu begrüssen.»



«Die Reform der Altersvorsorge läuft falsch. Der Ständerat wird hier korrigieren müssen»

Roberto Schmidt, Nationalrat

Die Herbstsession war sehr reich befrachtet. Welches Thema war für Sie das wichtigste?

«Das wichtigste Geschäft war für mich persönlich die Energiestrategie 2050, die ja auf meine Motion zum schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie aus dem Jahre 2011 zurückgeht. Das Parlament hat nun erstmals die Eckpfeiler des etappenweisen Umbaus unserer Energie- und Stromversorgung festgelegt. Dabei konnten wir auch für die Notleidende Wasserkraft einige wichtige Beschlüsse erwirken.»

Der Schweizer Entwicklungshilfe stehen in den nächsten vier Jahren 11,11 Mia. Franken zur Verfügung. Ist das aus Ihrer Sicht angemessen?

«Das ist nicht nur angemessen, sondern dringend notwendig. Weltweit sind über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Europa kann diese Leute nicht alle aufnehmen. Dieses riesige Problem können wir nur in den Griff bekommen, wenn wir in den Entwicklungsländern die Armut und die Krankheiten gezielt bekämpfen und den potenziellen Flüchtlingen in ihrer Heimat Ausbildung und Arbeit ermöglichen. Die Schweiz macht hier einen guten Job.»

Die Grosswasserkraft ist unter Druck. Bei der Axpo steht sie gar zum Verkauf. Was muss zur Rettung der sauberen und heimischen Energie getan werden?

«Die Wasserkraft leidet tatsächlich. Die Strompreise sind wegen der Marktverzerrungen auf dem europäischen Markt im Keller. Mit der Energiestrategie 2050 wurden nun erste Massnahmen beschlossen, wie z. B. Investitionsbeiträge oder eine Marktprämie von bis zu 1 Rp./kWh für jene Grosswasserkraftwerke, die den Strom unter den Gestehtungskosten verkaufen müssen. Weitere Massnahmen werden zurzeit aufgegleist.»

Sind die Eckpfeiler in der Reform der Altersvorsorge für Sie in Ordnung?

«Überhaupt nicht. SVP, FDP und die Grünliberalen haben eine Reform durchgeboxt, bei der die Frauen, die Rentner, der Mittelstand und die Jungen auf der ganzen Linie verlieren. Und dann haben sie auch noch beschlossen, das Rentenalter für Frauen und Männer durch die Hintertür auf 67 zu erhöhen. Bei der zweiten Säule soll der Umwandlungssatz ohne Kompensation gesenkt werden. Kurzum: länger arbeiten und weniger Rente bekommen. Diese Reform ist zum Scheitern verurteilt, wenn der Ständerat nicht korrigiert.»



«Die Energiestrategie führt mit neuen Subventionen zu enormen Kosten beim Verbraucher»

Franz Ruppen, Nationalrat

Ist der Austritt aus der «Berner Konvention» zur Aufgabe des gestrengen Schutzes der Grossraubtiere Wolf und Bär realistisch?

«Der Nationalrat hat dem Austritt aus der «Berner Konvention» mit 101 zu 83 Stimmen überraschend klar zugestimmt. Ich durfte mich als Kommissionssprecher für diesen Austritt einsetzen. Jetzt ist der Ständerat am Zug. Aufgrund des klaren Resultats im Nationalrat ist zu hoffen, dass nun auch der Ständerat zustimmt. Einfach wird das aber nicht. Auch hier müssen wir Überzeugungsarbeit leisten.»

Wie stehen Sie zur jetzigen Lösung bezüglich Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative?

«Bei der Umsetzungsgesetzgebung des Nationalrates zu der von Volk und Ständen angenommenen Masseneinwanderungsinitiative handelt es sich um einen noch nie da gewesen Verfassungsbruch! Kein einziger Punkt des Verfassungsartikels zur Steuerung der Zuwanderung wurde im Gesetz umgesetzt. Diese Umsetzung widerspricht dem Volkswillen und der Bundesverfassung in eklatanter Weise.»

Was sagen Sie zum Entscheid, das AHV-Alter allenfalls auf 67 Jahre anzuheben?

«Es geht um eine Art Schuldenbremse für die AHV: Wenn der AHV das Geld ausgeht, so muss der Bundesrat dem Parlament Stabilisierungsmassnahmen vorschlagen. Sollten diese Massnahmen nicht greifen, kann das Rentenalter schrittweise erhöht werden. Diese Schuldenbremse wurde richtigerweise aus der aktuellen Rentenreform ausgelagert. Wichtig ist, die AHV auch für künftige Generationen zu sichern.»

Entwickelt sich die Energiestrategie in Ihrem Sinne?

«Grundsätzlich nicht. Zwar wird die Wasserkraft über eine Marktprämie für die Elektrizität aus Grosswasserkraft-Anlagen unterstützt. Andererseits führt die Energiestrategie mit neuen und beträchtlichen Subventionen zu enormen Kosten für Konsumenten, Gewerbe und Exportindustrie. Insbesondere für KMU-Betriebe hat eine Verteuerung der Energie- und Stromkosten wirtschaftlich kritische Auswirkungen.»



«Airbnb ist ein Graumarkt, der den hiesigen Tourismus zusätzlich unter Druck setzt»

Beat Rieder, Ständerat

Was sollen die Anpassungen im Entsendegesetz, für die Sie sich engagierten, bewirken?

«Die durch den Ständerat beschlossene Verschärfung bekämpft das Lohndumping durch ausländische Firmen. Mit dieser Problematik haben vor allem Grenzkantone zu kämpfen, also auch das Wallis. Künftig sind höhere Bussen oder im Wiederholungsfall gar der Ausschluss von ausländischen Firmen vom Markt möglich. Die Anpassung ermöglicht den Kantonsregierungen, Normalarbeitsverträge als allgemeinverbindlich zu erklären und Mindestlöhne festzulegen.»

Was haben Sie gegen unkomplizierte und günstige Übernachtungsmöglichkeiten, wie sie Airbnb anbietet?

«Nichts. Aber ich sehe, dass die umliegenden Länder gegen Airbnb und Über Massnahmen ergreifen, derweil die Schweiz zuschaut. Sie meint, das sei freier Markt. Es gelten aber für alle Anbieter die gleichen Vorgaben. Dann darf man auch Hoteliers und Ferienwohnungsvermieter nicht weiter mit Vorschriften vom GAV über die Sicherheit bis zur Hygiene einschränken. Airbnb ist ein Graumarkt, der den Tourismus zusätzlich unter Druck setzt. Genau wie Booking.com, das Hoteliers mit Knebelverträgen an sich bindet.»

Warum soll ein paar Monate nach der Einführung des Zweitwohnungsgesetzes bereits daran geflickt werden?

«Wollen wir weiter zuschauen, wie jährlich 60 Hoteliers in der Schweiz ihre Türen schliessen müssen und nicht wissen, was sie mit ihrer Liegenschaft anfangen sollen? Hier braucht es Lösungen, indem die ganze Nutzfläche in Wohnungen umgenutzt werden kann, nicht nur die Hälfte, wie im Gesetz vorgesehen. Die Hoteliers müssen rauskönnen aus ihrer existenziellen Falle. Grosse gesetzgeberische Fehler müssen sofort korrigiert werden, kleine können ein paar Jahre warten.»

Was soll eine nationale Erdbebenversicherung bringen?

«Den Direktweg über eine Bundeslösung haben wir in der Abstimmung leider ganz knapp nicht geschafft. Den Kantonen bleibt nun eine letzte Frist von einem Jahr, über ein Konkordat eine eidgenössische Erdbebenversicherung auf die Beine zu stellen. Ich bin überzeugt, dass dazu kein Kanton Nein sagen wird, weil das Risiko im Ereignisfall zu gross ist. Denn das nächste Erdbeben kommt bestimmt. Und wir wissen, dass bei Naturgefahren das Prinzip Hoffnung ein schlechtes Prinzip ist.»

Bearbeitung: Thomas Rieder